



Konfuzius nannte es Ehrerbietung

Trotz redlicher Bemühungen bezüglich einer Gesetzgebung zum Schutz geistigen Eigentums führt China die internationalen Produktpiraterie-Statistiken an. Um die Fälscherindustrie des Landes wirkungsvoll zu bekämpfen, muss man die kulturellen und sozialen Umstände verstehen, die sie hervorbrachten und weiterhin begünstigen.

VON DANIEL V. FRANKE :: Produktpiraterie spielt in China gesellschaftspolitisch eine wichtige Rolle und wird daher oft von höchster Stelle geduldet. Ursache dafür ist, dass sie einer breiten Bevölkerungsschicht den Zugang zu Waren ermöglicht, die diese sich im Original niemals leisten könnte und gleichzeitig eine riesige Anzahl von Arbeitsplätzen in den meist ärmeren ländlichen Gebieten des Landes schafft. Dadurch leistet die Fälschungsindustrie einen wichtigen Beitrag zum Erhalt des sozialen Friedens Chinas. Dies ist ein nicht zu unterschätzendes Argument in einem kulturell und regional heterogenen Staatsgebild, das ohnehin nur schwer durch eine zentralistisch geprägte Regierungsform unter Kontrolle zu bringen ist.

Produktpiraterie ist jedoch auch von ökonomischer Relevanz für das Land. So trägt sie zum einen im Bereich der Investitionsgüter zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung bei. Auch dies ist in einem Staat, dessen Wirtschaft nach dem Ende der Kulturrevolution im Jahre 1976 völlig am Boden lag, ein nicht unerheblicher Faktor. Zum andern bietet die Produktpiraterie China in diesem Bereich auch die Möglichkeit, seine Innovationslücke zu verkleinern – einem Phänomen, mit dem die chinesische Wirtschaft nach wie vor zu kämpfen hat.

Zur historischen Begründung der gesellschaftlichen Akzeptanz von Produktpiraterie wird oft auf die Lehre des Konfuzius verwiesen. Denn er interpretierte das Kopieren eines



Viele chinesische Produktpiraten berufen sich auf die Lehre Konfuzius', der das Kopieren eines fremden Werkes als einen wichtigen Schritt zur Vervollkommnung eigener Fähigkeiten verstand.

Werkes als Ehrerbietung gegenüber dessen Urheber und als einen wichtigen Schritt zur Vervollkommnung der eigenen Fähigkeiten. Kein Wunder also, dass das Unrechtsbewusstsein in weiten Teilen der Bevölkerung bei der Verletzung geistiger Eigentumsrechte eher gering ausgeprägt ist.

Kulturrevolution zerstörte System

Auch die Bekämpfung von Produktpiraterie mit juristischen Mitteln erweist sich in China als außerordentlich schwierig. Jedoch muss man sich vor Augen halten, dass das komplette Justizsystem des Landes erst vor wenigen Jahrzehnten der Kulturrevolution zum Opfer fiel. In dieser Zeit wurden nicht nur alle Gerichte durch Volkstribunale ersetzt und Richter und Anwälte entlassen. Auch der gesamte universitäre juristische Ausbildungsbetrieb wurde eingestellt.

Nach dem Ende der Kulturrevolution wurde dann 1976 unter schwierigen Bedingungen ein neues Rechtssystem etabliert. Dieses bestand zunächst überwiegend aus Polizisten und Militärs, die nur notdürftig juristisch fortgebildet wurden. Erst nach und nach bildeten auch die Universitäten wieder

qualifizierte Juristen aus und konnten damit zu einer Professionalisierung des Systems beitragen. So ist das chinesische Rechtssystem in seiner heutigen Form weniger als 40 Jahre alt, die relevanten Normen zum Schutz geistigen Eigentums wurden gar erst in den 1980er und 1990er Jahren etabliert. Damit verbietet sich ein Vergleich mit den teilweise Jahrhunderte alten europäischen Rechtssystemen a priori.

Harmonie wichtiger als Streitklärung

Wieder einmal kommt Konfuzius ins Spiel, wenn es um die schwache gesellschaftliche Position der Justiz innerhalb der Bevölkerung geht. Denn laut seiner Lehre genießt der harmonische Zustand der Gesellschaft als Kollektiv stets Vorrang vor Individualinteressen. Konflikte sind ohne offene Auseinandersetzung zu lösen, also auch ohne die Einbeziehung von Behörden oder Gerichten. Dem persönlichen sozialen Netzwerk, dem Guanxi, kommt daher in der chinesischen Gesellschaft eine enorme Bedeutung zu. Denn die Nutzung dieser persönlichen Verbindungen wird als Mittel zur Konfliktlösung gegenüber den Gerichten weitgehend präferiert. Eine Auswirkung dieser Netzwerke ist auch ein weit verbreiteter Lokalprotektionismus. Örtliche Behörden, Unternehmen

und auch Gerichte fühlen sich ihrer Region meist stärker als ihrem Land verbunden und richten ihr Handeln dementsprechend aus.

Zudem ist dem chinesischen Rechtssystem das Prinzip der Gewaltenteilung unbekannt. Alle staatliche Macht konzentriert sich ausschließlich in der Kommunistischen Partei. Die Justiz nimmt demgegenüber einen untergeordneten Rang ein,

unabhängige Gerichte sind im System nicht vorgesehen. Im Gegenteil: Jedem Gericht ist ein Parteisekretär zugewiesen, der auf die parteikonforme Urteilsfindung zu achten hat. Gerichtsurteile sind daher stets Ausdruck der aktuellen Richtlinien und Interessen der Kommunistischen Partei und nicht Ergebnis einer unabhängigen Rechtsprechung.

Auch die sozialen Unterschiede in der dezentralen, fragmentierten chinesischen Gesellschaft tragen zu einer regional abweichenden, interessengerichteten Rechtsprechung bei. Um Konflikten unter der Bevölkerung in den ländlichen Regionen des Landes zu begegnen, unterscheidet sich die Rechtsprechung je nach politischer Zielsetzung stark von der in den großen Städten.

Dennoch verzeichnet die Professionalisierung des chinesischen Rechtssystems in den vergangenen Jahren sukzessive Fortschritte. Die Ausbildung von Richtern profitiert nachhaltig von der finanziellen Unterstützung westlicher Industrieländer. Und da mit der zunehmenden wirtschaftlichen Entwicklung Chinas auch immer mehr chinesische Unternehmen Opfer von Produktpiraten werden, wächst das Interesse, die geistigen Eigentumsrechte von qualifiziertem juristischen Personal schützen zu lassen. Auch dies wird künftig zu einem immer effektiveren Rechtsschutz beitragen. Nicht zuletzt ist der Schutz geistigen Eigentums Teil politischer Programme geworden – mit dem Ziel, Anreize für die Schaffung und Nutzung von Wissen zu schaffen und damit Eigenentwicklungen zu fördern.

Langfristige gesellschaftliche Entwicklung

Die mittelfristige Entwicklung wird jedoch letztendlich bestimmt von der Ambivalenz zwischen kulturellen Determinanten sowie politischen und wirtschaftlichen Interessen auf der einen und der Entwicklung und Anerkennung des Rechtssystems auf der anderen Seite. Solange China in seinem Zustand als Ein-Parteien-Staat mit einem politisch kontrollierten Rechtssystem ohne Gewaltenteilung oder vergleichbaren Kontrollprinzipien verharrt, wird mit rechtstaatlichen Bedingungen nach europäischem Vorbild vorerst nicht zu rechnen sein. Höchstens eine langfristige gesellschaftliche Entwicklung kann zur Veränderung der bestehenden politischen Verhältnisse beitragen. ❧

Daniel V. Franke ist Inhaber der Detektei & Dienstleistungsagentur San-Security. Der studierte Jurist und Sicherheitsmanager berät seit vielen Jahren Mittelständler und Großunternehmen zu sicherheitsrelevanten Aufträgen in Asien. Kontakt: franke@sansecurity.de, Tel.: +49 (0) 211-163611-50